Autorenbeitrag von Steffen Hentrich

Eine der hartnäckigsten Mythen ist die Aussicht auf eine Vielzahl neuer Jobs im Zuge des ökologischen Umbaus der Wirtschaft. Auch im Wahlprogramm der Grünen für das Berliner Abgeordnetenhaus findet sich dieser Mythos wieder. Mit Hilfe simpler Beschäftigungsmultiplikatoren, an deren Existenz außerhalb der Politik ohnehin niemand mehr glaubt, werden aus einem Investitionsvolumen der „Green Economy“ von einer Milliarde Euro 25.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, ohne auch nur einen einzigen Gedanken daran zu verschwenden, dass die Investition dieser Mittel in jedem beliebigen anderem Bereich Arbeitsplatzeffekte in ähnlicher Größenordnung erzeugt hätte.

Die Mittel für diesen Investitionsschub fallen in diesem Denken offenbar einfach so vom Himmel. Kein Wort liest man davon, dass die Finanzierung der Investitionen andere Investitionen verdrängt und dass der Aufwand für den energetischen Umbau der Stadt nur dann zu dauerhaften Impulsen für Wirtschaft und Beschäftigung führt, wenn er sich später auch in Form von Energieeinsparungen, Produktivitätsgewinnen und verbesserter Lebensqualität für die Bürger auszahlt. Doch allein die Tatsache, dass der ökologische Umbau der Stadt mit politischem Druck und finanzieller Förderung erzwungen werden soll, deutet auf das Fehlen dieser notwendigen Bedingung für einen langfristigen Effekt für Einkommen und Beschäftigung hin. Das ganze Land beschwert sich inzwischen darüber, dass die Mieten steigen werden, weil sich nur ein Teil der ambitionierten Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Gebäuden durch zukünftige Energieeinsparungen rentiert, und dass der Ausbau der Nutzung sogenannter erneuerbarer Energieträger nur mit einer immer weiter wachsenden finanziellen Belastung der Bürger realisierbar ist.

Unter solchen Bedingungen wird Arbeit vor allem umverteilt und geht dort verloren, wo durch die zusätzliche Kostenbelastung an Ausgaben gespart werden muss. Wer auf diese Art und Weise für Beschäftigung sorgen will, der kann gleich tausenden Menschen im öffentlichen Straßenbau eine Schippe in die Hand drücken, um damit den Einsatz von Baggern zu ersetzen.

Schließlich erreicht eine „Green Economy“, die ineffiziente Energieträger und ökonomisch unsinnige Energiesparmaßnahmen fördert, den gleichen Effekt. Sie leitet wertvolle Ressourcen fehl, reduziert dadurch die Produktivität der Wirtschaft und zwingt die Bürger für den gleichen oder sogar geringeren Wohlstand mehr Arbeit einzusetzen. Kurzfristig mögen solche Subventionen den Anschein eines blühenden Arbeitsmarktes erwecken und die Einkommensverluste der Verlierer dieser Entwicklung kaschieren. Auf lange Sicht jedoch bleibt von einem solchen Strohfeuer nicht viel übrig. Wenn die Gerüste erst wieder abgebaut sind, werden sich die geprellten Wähler dort wiederfinden, wo sie die Verheißungen dieser Politik zuerst wahrgenommen haben: Auf der Straße.